



25. März 2002

Innenminister Schäuble heizt Ausländerdebatte an

Mit seiner Behauptung, "die Bundesregierung und die SPD respektierten nicht einmal die Verfassung, um ihre linke Ideologie und das Ziel einer multikulturellen Gesellschaft gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen" verlässt Innenminister Schäuble den Boden jeder Sachlichkeit. Er zeigt, worum es ihm in der Zuwanderungsdebatte in Wahrheit geht: um Wahlkampf, der Ängste in der Bevölkerung schürt. Der Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e.V. verurteilt diese Äußerungen aufs Schärfste, denn sie entsprechen nicht der Wahrheit und sind geeignet, die Ausländerfeindlichkeit erneut anzuheizen.

Was Schäuble als Ausfluss linker Ideologie diffamiert, ist in Wahrheit ein Gesetz, das genau auf die Zustimmung breiter Gesellschaftsschichten hin angelegt ist. Und diese breite Zustimmung ist in den Debatten der letzten Tage deutlich zum Ausdruck gekommen. Von den Gewerkschaften über Kirchen, Wohlfahrtsverbände bis hin zu den Arbeitgeberverbänden wurde dieses Gesetz als längst fällige Regelung gewürdigt. Es trägt endlich der Tatsache Rechnung, dass Deutschland nicht nur seit Jahren ein Einwanderungsland ist, sondern diese Einwanderung auch braucht.

Nicht ohne Bedenken hat der AK Asyl Baden-Württemberg dem Gesetz schließlich zugestimmt, bringt es doch für Flüchtlinge erhebliche Verschärfungen wie z.B. die Einrichtung von Ausreisezentren, die Absenkung des Nachzugsalters für Kinder und eine unbefriedigende Regelung für bisher Geduldete. Doch es enthält auch positive Elemente wie die Übernahme nicht-staatlicher und geschlechtsspezifischer Fluchtgründe nach der GFK (Genfer Flüchtlingskonvention) sowie die Einführung einer Härtefallklausel.

Gerade humanitäre Härtefälle haben uns in Baden-Württemberg in der Vergangenheit in extremste Konflikte gebracht, da die Landesregierung jegliche Verhandlung hierüber rigoros abgelehnt hat. Und wenn Schäuble schon den Willen der Bevölkerung zitiert, so ist dem entgegenzuhalten, dass gerade diese Härtefälle unendlich viele Bürger mobilisiert haben, sich mit Petitionen und Unterschriftensammlungen gegen die Abschiebung von Ausländern einzusetzen. Denn hier geht es um Würde und Anstand im staatlichen Handeln, unabhängig von Parteibüchern und Ideologien.

Der AK-Asyl fordert die baden-württembergische Landesregierung auf, ihre totale Verweigerungshaltung aufzugeben und konstruktiv an einer Ausgestaltung des Miteinanders von Deutschen und Ausländer mitzuarbeiten. Es wäre fatal, würden Teufel und Schäuble ihre Verantwortung für den inneren Frieden im Land wahltaktischer Hetze opfern.

V.i.S.d.P Helga Groz

Römerstr. 11, 73430 Aalen, Tel. 07361/64666

**Arbeitskreis Asyl
Baden-Württemberg e.V.**
Forum der ehrenamtlichen
Flüchtlingsinitiativen in BW

Postfach 11 02, 79501 Lörrach
E-Mail: akasylbawue@web.de
Tel.: (0761) 1 209 409
Fax: (0761) 1 209 409

Geschäftsstelle:
Hansjakobstr. 27
78658 Zimmern o.R.
Tel. (0741) 348921 2 Fax 3

Spendenkonto
LBBW
Konto-Nr.: 3 517 930
BLZ 600 501 01

P
R
E
S
S
E
M
E
L
D
U
N
G